

BASis Info 4/2017

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

07.04.2017

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Endspurt hat begonnen. Fünf Sitzungswochen haben wir im Deutschen Bundestag noch vor uns. Das merkt man nicht etwa an schwindender Energie, sondern am erhöhten Arbeitspensum. Unsere Tagesordnung im Plenarsaal ist seit einigen Wochen so überladen, dass ich mich bei meinen „Diensten im Plenum“ als Parlamentarische Geschäftsführerin immer an „Nachtschichten“ erinnert fühle – und manchmal auch erst nach Mitternacht „den Saal abschließe“, wie wir immer sagen.

Viele Themen wollen wir noch vor der Bundestagswahl abschließen und den Koalitionsvertrag konstruktiv abarbeiten. Beispiel: Das Lohngerechtigkeitsgesetz haben wir in der vergangenen Woche im Bundestag beschlossen, um endlich die Lohndiskriminierung von Frauen anzugehen. Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 200 Mitarbeitern haben künftig das Recht zu erfahren, wie sie im Vergleich zu anderen bezahlt werden. In Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten muss darüber hinaus regelmäßig geprüft werden, ob Frauen systematisch benach-

teiligt werden. Zusammen mit den SPD-Erfolgen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Frauenquote und dem Mindestlohn ist das Gesetz ein wichtiger Meilenstein hin zu einem fairen Arbeitsmarkt.

Die SPD möchte mehr, doch mehr geht mit der Union offenbar nicht. Während wir uns an den Koalitionsvertrag halten, blockieren CDU und CSU sogar die getroffenen Vereinbarungen wie beim Rückkehrrecht in eine Vollzeitbeschäftigung und bei der Solidarrente. Deshalb kann man es nur immer wiederholen: Themen, die wegen einer Blockade der Union in dieser Legislaturperiode nicht durchgehen sollten, setzen wir nach der Wahl mit einem Bundeskanzler Martin Schulz wieder auf die Tagesordnung. Das Thema Lohngerechtigkeit ist bei ihm schon jetzt ganz oben auf der Agenda.

Das Gleiche gilt im Übrigen für die "Ehe für alle". Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare vorgelegt. Wir wollen ein gerechtes und modernes Land. Familie ist überall dort, wo Menschen Verantwortung füreinander

übernehmen wollen. Deshalb muss die Ehe endlich auch gleichgeschlechtlichen Paaren offenstehen. In 14 EU-Staaten ist das heute bereits der Fall. Eine überragende Mehrheit von 83 Prozent der Deutschen findet, dass dies auch in Deutschland Realität werden sollte. Nachdem wir eine Rehabilitierung der Opfer der Schwulenverfolgung nach §175 Strafgesetzbuch auf den Weg gebracht haben, ist es höchste Zeit die Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Paare zu beenden.

Ganz persönlich habe ich mich gefreut, dass auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion jetzt das HIV-Hilfegesetz geändert und damit den Betroffenen des „Blutprodukteskandals“ Planungssicherheit gegeben wird. Die Anzahl der Betroffenen ist gar nicht so groß, aber wir setzen mehr soziale Gerechtigkeit ganz praktisch für die Menschen um und das zählt. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 2.

Ich wünsche Ihnen ein paar schöne Ostertage...

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Sicherheit für die Opfer des „Blutprodukteskandals“

„Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ – wie wahr dieser berühmte Satz des deutschen Soziologen Max Weber ist, erfahre ich in meiner politischen Arbeit fast täglich. Umso schöner, wenn die Leidenschaft sich auszahlt und im Ergebnis zu einem Gesetz wird, das vielen Menschen endlich eine Sicherheit gibt, auf die sie viel zu lange verzichten mussten.

Die Rede ist von den Opfern des so genannten „Blutprodukteskandals“, der vor rund 30 Jahren Deutschland erschütterte. In den 80er Jahren wurden fast 90 Prozent aller ständig behandelungsbedürftigen PatientInnen mit Hämophilie (so genannte „Bluter“) durch verseuchte Blutprodukte mit HIV infiziert – ein Schicksal, das ihnen hätte erspart bleiben können, wenn nicht Behördenversagen und Gewinnstreben zu unverantwortlichem Handeln geführt hätte. Rund 60 Prozent der durch kontaminierte Blutprodukte ausgelösten HIV-Infektionen hätten verhindert werden können – dies stellte ein vom Bundestag eingesetzter parlamentarischer Untersuchungsausschuss fest. 1995 wurde durch das HIV-Hilfegesetz (HIVHG) die Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-Infizierte Personen“ ins Leben gerufen. Diese leistet aus

humanitären und sozialen Gründen den Betroffenen finanzielle Hilfe und wurde durch den Bund, die Länder, die involvierten pharmazeutischen Unternehmen und das Deutsche Rote Kreuz (DRK) finanziert.

Schon lange war klar, dass die ursprünglich angelegten Stiftungsmittel nicht ausreichen werden. Dennoch sah das HIVHG bisher eine Aufhebung der Stiftung vor, wenn die Mittel für die finanzielle Hilfe erschöpft sind. Bei Gründung der Stiftung dachte man noch, dass die damals bereitgestellten Summen für die Lebenserwartung der Betroffenen ausreichen würden. Doch Gott sei Dank ist durch den medizinischen Fortschritt und verbesserte Therapiemöglichkeiten eine HIV-Infektion heute kein Todesurteil mehr. Ich bin seit meinem Einzug in den Deutschen Bundestag 2009 Mitglied des Stiftungsrates und musste seitdem Jahr für Jahr erleben, wie das Bundesgesundheitsministerium bei Pharmaindustrie und DRK um Nachzahlungen geworben hat, und wie diese immer zögerlicher kamen und eine zuverlässige Planung für die Betroffenen unmöglich machten.

Ein Betroffener schrieb mir in dieser Situation: „Es fühlt sich an, als ob ich mich dafür entschuldigen müsste, noch am Leben zu sein und nicht in die Sterbekalkulation der Geldzahler hineinzupassen“. – Ein

Satz, der wirklich niemanden kalt lassen kann.

Seit 2009 bohre ich mit an diesem harten Brett, und ich bin sehr froh, dass meine SPD-Bundestagsfraktion jetzt endlich durchgesetzt hat, dass die Stiftung langfristig finanziert wird. Ab 2019 sollen die Hilfsleistungen für die Betroffenen außerdem dynamisiert werden und sich den Anpassungen in der gesetzlichen Rentenversicherung anschließen. Auch das ist überfällig: Die Zahlungen an die Betroffenen waren seit 1995 nicht ein einziges Mal an die Inflation angepasst worden. HIV-infizierte Personen erhalten momentan 766,94 Euro im Monat. Liegt eine AIDS-Erkrankung vor, erhöht sich die Zahlung auf monatlich 1.533,38 Euro. Kinder haben nach dem Tod eines infizierten Elternteils Anspruch auf monatlich 511,29 Euro bis zum Abschluss der Berufsausbildung.

Zukünftig wird der Bund die finanziellen Mittel für die Stiftung alleine aufbringen und dafür rund 8,7 Millionen Euro jährlich zur Verfügung stellen. Ab 2019 steigt der Betrag wegen der Dynamisierung auf etwa neun bis zehn Millionen Euro. Auch wenn ich die Pharmaindustrie und das DRK weiterhin in der moralischen Pflicht sehe: Ich bin froh, dass wir den Betroffenen nun endlich die Sicherheit geben können, die ihnen so lange verwehrt wurde.



Spannendes Programm und ein Gruppenfoto unter der Kuppel des Reichstagsgebäudes: Vom 29. März bis 1. April besuchten mich 50 politisch-interessierte DuisburgerInnen in Berlin.

Offene Bürgerversammlung mit Thomas Oppermann und Sören Link



Rund 120 BürgerInnen sind am 3. April meiner Einladung zu einer offenen Bürgerversammlung in den Kleinen Prinz gefolgt und haben die Gelegenheit zur Diskussion mit dem Duisburger Oberbürgermeister Sören Link, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann und mir wahrge-

nommen. Offen war nicht nur die Teilnahme für jeden Interessierten, sondern auch die Themen der Diskussion. Neben lokalpolitischen Themen wie Kommunalfinanzen und ÖPNV in Duisburg kamen die Zukunft der Altersvorsorge, die Ehe für alle und die PKW-Maut zur Sprache. Ein wichtiges Thema war auch die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien. Lob gab es von Thomas Oppermann für die „Klarheit und Entschlossenheit“ von Sören Link. Wer nicht dabei sein konnte, kann sich die Veranstaltung auf der Facebook-Seite der SPD Duisburg noch einmal anschauen: <http://bit.ly/2p4v6r6>

1,1 Millionen Euro für Kitas in Duisburg

Gute Nachricht für Familien in Duisburg: Der Bund fördert mit dem Programm „Sprach-Kitas“ zwölf Kitas, die von überdurchschnittlich vielen Kindern mit besonderem sprachlichen Förderbedarf besucht werden. Insgesamt fließen somit 1.189.585 Euro nach Duisburg. Bereits mit der 1. Förderwelle (bis Ende 2019) hatte der Bund seit Anfang 2016 sechs Duisburger Kitas gefördert. Zum Jahr 2017 hat das SPD-geführte Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit der 2. Förderwelle (bis Ende 2020) die Mittel aufgestockt und die Zahl der „Sprach-Kitas“ verdoppelt.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++07.04.: Eröffnung Kanuleistungszentrum+++

+++07.04.: Europacamp NRW Jusos+++

+++24.04.-28.04.: Sitzungswoche des Bundestages+++

+++07.04.: 25 Jahre Unternehmerfrauen Duisburg+++

+++22.04.: Der MSV gewinnt gegen den FSV Frankfurt+++

+++Weitere Termine: www.baerbelbas.de +++



Neues zum Schluss

Praktikum im Doppelpack



Matthis Stenner (22) und **Vincent Walther (17)** haben sich zwischen März und April in Berlin unser Praktikanten-

büro geteilt. Vincent geht noch zur Schule, Matthis studiert im vierten Semester Politikwissenschaft an der Uni

Duisburg-Essen. Die beiden haben mich in den letzten Wochen bei der Arbeit im Gesundheitsausschuss begleitet und einige Plenardebatten live mit verfolgt. Das vielfältige Veranstaltungsangebot des Praktikantenprogrammes der SPD haben sie ebenfalls gut genutzt und unter anderem die Regierungspressekonferenz und das ARD-Hauptstadtstudio kennen gelernt. In ihrem Praktikumsbericht bedanken sie sich: „Das gesamte Team stand uns immer zur Seite und auch Bärbel hatte immer ein offenes Ohr für uns“. Den Dank kann ich zurück geben!

Mein Tagebuch

Der Jugendring Duisburg organisiert die U18-Landtagswahl, um erste Erfahrungen mit dem Wahlakt zu vermitteln und politisches Interesse zu wecken. Tolle Aktion, tolles Engagement. Deshalb übernehme ich gerne die Schirmherrschaft. Politik können wir nur gemeinsam richtig gut machen. Weitere Infos: Jugendring Duisburg unter 0203/26246 oder mail@jugendring-duisburg.de.

„Depression: let’s talk“ ist das Motto des heutigen Weltgesundheitstages. Manchmal ist Schweigen nicht Gold, sondern Blei. Deshalb müssen wir mehr Betroffene zum Reden ermutigen. Hier mein Vi-

deo-Tipp zum Thema: <https://youtu.be/1UiA32Qv4yE>

Bärbel Bas mit Brille? Am Wochenende gab’s in Duisburg und bei Facebook eine Rarität zu sehen. Des Rätsels Lösung in der BASIS Info: Ich durfte wegen einer Untersuchung 2 Tage keine Kontaktlinsen tragen. Die Brille bleibt also die Ausnahme, aber Danke für den Zuspruch.



Bis zum nächsten Mal, ich freue mich drauf, Bärbel Bas

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607